
Das Unvermögen

Finanzen Sparsamkeit gilt den Bundesbürgern als Tugend. Dennoch werden sie nicht reicher, sondern ärmer: Das Durchschnittsvermögen schrumpft. Wie ist das möglich?



Wer den Deutschen ins Portemonnaie gucken will, kann sich ans Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin wenden, Abteilung für „Lebenslagen“, Arbeitsbereich „Data-Operation“. Hier sitzt Doktor Markus M. Grabka, ein freundlicher Herr mit Glatze und Nickelbrille. Sein Forschungsobjekt ist der deutsche Sparer. Einkommen, Vermögen, Zinsertrag: Grabka kennt alle Zahlen.

Das Problem ist: Er kann sie sich nur schwer erklären. Sie widersprechen der allgemeinen Überzeugung, dass sich Sparen lohnt. „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“, sagt der Volksmund, und: „Wer spart, der hat.“ Doch Grabkas Zahlen zeigen, dass das nicht stimmt, jedenfalls hierzulande nicht. Der deutsche Sparer kommt auf keinen grünen Zweig.

Dabei gilt Sparen in Deutschland als Tugend. In internationalen Vergleichen belegen die Bundesbürger seit Jahrzehnten einen Spitzenplatz. Obwohl es derzeit kaum noch Zinsen gibt, legt Deutschland 27 Prozent seiner Wirtschaftsleistung zurück. Franzosen, Spanier und Italiener horten rund 20 Prozent, die Griechen sogar nur 10 Prozent. Eigentlich müsste der Durchschnittsdeutsche reich sein, so eifrig, wie er sein Geld zusammenhält.

Doch dem ist nicht so. Grabka hat festgestellt, dass das Nettovermögen eines durchschnittlichen Haushalts zwischen 2003 und 2013 um gerade einmal 300 Euro gewachsen ist. Das macht kümmerliche 30 Euro Zuwachs pro Jahr. Weil gleichzeitig die Lebenshaltungskosten gestiegen sind, ist der Haushalt gegenüber 2003 real sogar um 15 Prozent ärmer geworden. Inflationsbereinigt, so Grabkas Berechnung, verringerte sich das Nettovermögen des Durchschnittshaushalts binnen zehn Jahren um exakt 20437 Euro. „Der Wert eines fabrikneuen Mittelklasseautos“, sagt Grabka, „ist einfach weg.“

Es ist ein schockierender Befund. Die Deutschen, die so stolz sind auf ihre Wirtschaftsstärke, sind im europäischen Vergleich arme Schlucker, wie eine Studie der Europäischen Zentralbank (EZB) zeigte. Demnach ist das Nettovermögen des mittleren deutschen Haushalts nicht einmal halb so groß wie in Frankreich, Spanien oder Italien. Und eine neue, noch unveröffentlichte Studie der Bundesbank weist aus, dass auch die Eurokrise der vergangenen Jahre daran nichts Wesentliches geändert hat. Die Vermögen der Bundesbürger liegen weit unter dem Durchschnitt anderer westeuropäischer Länder.

Der deutsche Sparer, so belegen es die Zahlen, ist ein Narr. Er spart sich nicht reich, sondern arm. Er vernichtet sein Vermögen, anstatt es zu vermehren. Er wirft sein Geld praktisch weg. Ja, ist er denn völlig verrückt geworden?

Wer nach den Gründen für den deutschen Anlagenotstand sucht, stößt auf Ver-

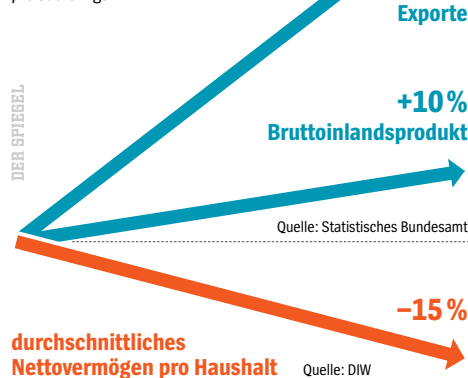
mögensvernichter aus Politik, Lobbys und Finanzwirtschaft. Mehr als eine viertel Million Versicherungsvertreter und Anlageberater schwatzen den Deutschen angebliche „Vorsorgeprodukte“ auf, die sich für den Sparer häufig nicht lohnen. Seit zwei Jahrzehnten scheitern die Berliner Rentenreformer bei ihrem Versuch, den Bundesbürgern eine auskömmliche private Zusatzversorgung zu verschaffen. Und die Funktionäre von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften reden zwar viel von Sozialpartnerschaft, doch wenn es gilt, die Beschäftigten am Kapital der Unternehmen zu beteiligen, wird blockiert und gebremst. „In Deutschland herrscht eine größere Staatsgläubigkeit als in anderen Industrieländern“, sagt der Verhaltensökonom Thorsten Hens vom Institut für Banking und Finance an der Universität Zürich. „Man glaubt, der Staat werde für alles sorgen.“

Doch es sind auch die Bürger selbst, die beim Thema Geld eine Mischung aus Des-

Abgehängte Vermögen

Entwicklung in Deutschland
2003 bis 2013

preisbereinigt



interesse und heiterer Ahnungslosigkeit an den Tag legen. Etwa 1,2 Billionen Euro liegen bar oder auf Girokonten herum. Laut Bundesbank bekommen die Deutschen für neue Anlagen auf Girokonten derzeit im Schnitt gerade mal 0,13 Prozent Zinsen. Davon geht in der Regel noch mindestens ein Viertel an Steuern drauf. Und so kommt es bei einer Inflationsrate von 0,3 Prozent dazu, dass die Betroffenen von Jahr zu Jahr an Vermögen verlieren werden.

Die Deutschen – ein armes, reiches Volk?

Der Befund, dass ausgerechnet in der Bundesrepublik mutmaßlich besonders schlechte Sparer zu Hause sind, kratzt am nationalen Selbstbild. Hierzulande wurde das Bausparen miterfunden, das Vereinsparen und das Sparschwein. Die Nazis legten 1941 ein Programm zum „Eisernen Sparen“ auf, nach dem Krieg propagierte selbst die DDR das „Möbelsparen“.

Deutschland ist das Land, in dem heute mehr Kapitallebensversicherungen (93 Millionen) angespart werden, als es Einwohner (81 Millionen) gibt. Bundeskanzlerin Angela Merkel erhob die schwäbische Hausfrau mit ihrer sprichwörtlichen Sparsamkeit sogar zum Leitbild deutscher Regierungskunst.

In Finanzkreisen hingegen wird schon länger über das „stupid german money“ gelästert, über die doofen Deutschen, die nicht mit Geld umgehen können. Die ihr Ersparnis lieber den Banken ausliefern, als dem eigenen Urteil zu vertrauen. Die es viel seltener zu Wohneigentum bringen als Holländer, Franzosen oder Spanier. Und die sich von Börsenturbulenzen wie in den vergangenen Wochen darin bestärkt fühlen, von Aktien die Finger zu lassen – auch wenn die Kurse zuvor jahrelang gestiegen waren.

Man könnte das kollektive Sparversagen als eine verzeihliche Schwäche des deutschen Nationalcharakters abtun, wäre es nicht längst zum politischen Problem geworden. Das Unvermögen der Bundesbürger, sich ein Vermögen aufzubauen, verschärft die sozialen Spannungen im Land. Es wird dazu führen, dass in einigen Jahren Millionen Senioren dem Staat auf der Tasche liegen, weil ihre Rente nicht reicht.

Die Sorge treibt inzwischen auch die Berliner Politiker um. In Parteien und Ministerien wächst die Erkenntnis, dass dringend etwas getan werden muss, um die private Vermögensbildung zu fördern. Die SPD will die Betriebsrente stärken. Die Grünen fordern einen Totalumbau der Riester-Förderung. Und die hessische Landesregierung schlägt vor, die heutige private Altersvorsorge durch eine sogenannte Deutschland-Rente zu ergänzen, die von den Alterskassen verwaltet werden soll.

Doch allen ist klar: Die Deutschen werden nur dann zu besseren Sparern, wenn sie auch ihre Einstellung ändern. Im Kern geht es um eine Frage, die Bundespräsident Joachim Gauck vor einiger Zeit beim Spitzentreffen des deutschen Bankgewerbes aufwarf. Gauck fragte: „Hat das Wissen über ökonomische Zusammenhänge den gleichen Rang, den die Ökonomie heute für unser Leben und Wirtschaften hat?“

Es war schon spät am Samstagabend, als Naina Kümmel alias @nainabla ihren Frust über die bevorstehenden Abiturprüfungen in eine Twitter-Botschaft packte: „Ich bin fast 18 und hab keine Ahnung von Steuern, Miete oder Versicherungen. Aber ich kann 'ne Gedichtsanalyse schreiben. In 4 Sprachen“, tippte sie vor etwa einem Jahr an ihre kleine Internetgefolgschaft. Dann legte sich die Kölnerin schlafen.

Als sie wieder aufwachte, war der Teufel los. Über Nacht hatte sich der Tweet in

den sozialen Netzwerken verbreitet. Zigtausende Twitter- und Facebook-Nutzer brachten ihre Zustimmung zum Ausdruck, Onlineplattformen griffen das Thema auf, auch Printmedien und das Fernsehen riefen an und wollten ein Interview. Sie habe mit ihrer Kritik am Schulwesen wohl einen Nerv getroffen, sagte Kümmel, als sie in der folgenden Zeit durch Talkshows wie „Stern TV“ und „TV Total“ gereicht wurde. Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) sah sich gezwungen, sich zu äußern: „Ich finde es sehr positiv, dass Naina diese Debatte angestoßen hat.“

Fehlt es den Deutschen bei Wirtschaftsthemen also an der nötigen Grundbildung? Allerdings, so ermittelte das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in einem groß angelegten Test: Die eine Hälfte der Teilnehmer bewies ein zumindest „minimales Wirtschaftswissen“ – und die andere Hälfte hatte keinen Schimmer.

Woher sollten die Kenntnisse auch kommen? In Deutschlands Schulen ist das Thema Geld kaum präsent. Als die OECD beim jüngsten Pisa-Test dazu aufrief, erstmals auch das Wissen über „Wirtschaft und Finanzen“ bei den Schülern abzufragen, machten 18 Staaten mit, Deutschland aber nicht, offenbar aus Angst vor einer Blamage. OECD-Generalsekretär Angel Gurría rügte das deutsche Bildungswesen: „Die Entwicklung von Finanzkompetenz ist entscheidend, weil Menschen künftig wesentlich früher Entscheidungen treffen müssen, die ihre Zukunft beeinflussen.“ Andere OECD-Staaten seien hier wesentlich weiter.

Der Berliner Bildungsforscher Gerd Gigerenzer glaubt, dass sich schon an den

Der Riester-Rentner

Harald Müller* war schon 58, als er sich für eine Riester-Rente entschied, „daher wollte ich kein Risiko mehr eingehen“. Also wählte er einen Riester-Banksparplan – mit garantiertem Mindestzinssatz. Sechs Jahre später, bei Rentenbeginn, bekam Müller eine Einmalzahlung aus dem Vertrag: 7800 Euro. Nicht schlecht, dachte er. Doch was Müller nicht wusste: Der Betrag musste voll versteuert werden. „Insgesamt habe ich deshalb 2014 rund 1200 Euro mehr ans Finanzamt gezahlt, als ohne die Riester-Auszahlung fällig geworden wäre.“ Der Staat hat also sämtliche Riester-Zulagen, die gesamten Zinsen und sogar noch einen kleinen Teil von Müllers Einzahlungen wieder eingekassiert. „Wenn ich das Geld unter mein Kopfkissen gelegt hätte“, sagt Müller heute, „wäre es besser gewesen.“

* Name geändert

Lehrplänen für den Matheunterricht erkennen lässt, warum die Deutschen so schlecht mit Geld umgehen können: „Zu viel Geometrie, zu wenig Statistik und Wahrscheinlichkeitsrechnung.“ Es werde eine „Mathematik der Sicherheit“ gelehrt, sagt Gigerenzer. Im echten Leben jedoch bekomme es der Bürger ständig mit Unsicherheiten zu tun.

In der Bundesrepublik ist das Wissen um wirtschaftliche Zusammenhänge ähnlich ungleich verteilt wie das Vermögen. Es ist umso geringer, je geringer Einkommen und Bildungsstand sind, vor allem

bei den Jüngeren. Nach einer repräsentativen Umfrage des Bankenverbands wissen 59 Prozent der 14- bis 24-Jährigen nicht einmal, was das Wort „Rendite“ bedeutet.

Jeder, der sich ein wenig mit Finanzen beschäftigt, weiß: Wer sich vor Inflation schützen will, muss Sachwerte kaufen. „Die meisten Deutschen aber glauben, dass ihr Geld auf dem Sparbuch sicherer ist“, lästert der Berliner Ökonom Henrik Enderlein. Und noch eine weitere Wissenslücke hat der Finanzexperte ausgemacht. Im Land der Dichter und Denker wollten viele „nicht wahrhaben, dass überdurchschnittliche Erträge auch mit überdurchschnittlichen Risiken verbunden sind“.

Tatsächlich fällt bei genauer Betrachtung auf, dass ein wesentlicher Teil der deutschen Dummsparerei auf ein bizarres Risikoverhalten zurückgeht: Die einen haben zu viel Angst, die anderen zu wenig.

Die erste Gruppe scheut jede Verlustgefahr, bunkert am liebsten Bargeld, wie die hysterische Debatte um dessen angebliche Abschaffung zeigt (siehe Seite 85), und sieht reglos zu, wie die Inflation das Vermögen aufzehrt. „Dieser Typ des deutschen Sparerers zeichnet sich dadurch aus, dass er nicht nach Maximierung seiner Gewinne, sondern nach Minimierung seiner Verluste strebt“, sagt Gigerenzer.

Der andere Typ des deutschen Sparerers ist der blauäugige Zocker. Mehrere Hunderttausend Anleger haben sich etwa in den vergangenen Jahren in hoch spekulative Fonds für Containerschiffe, Riesenräder oder Immobilien von Abu Dhabi bis Kalifornien locken lassen, ohne realistische Chance, ihr Geld jemals wiederzusehen. „Bei vielen Fonds gingen bis zu 50 Prozent der Anlegergelder für vermeintliche Kosten drauf: für den Vertrieb, irgendwelche Treuhänder, Garanten und Mittelverwendungskontrollen. So eine Anlage kann gar nicht funktionieren“, erklärt Anlegeranwalt Peter Mattil.

Einer Untersuchung der Zeitschrift „Finanztest“ zufolge erfüllen nur 6 Prozent der geschlossenen Fonds ihre Gewinnprognose. Fast 70 Prozent machen Verlust und wurden zum Desaster für die Sparer, die zum Teil ihre Altersvorsorge verloren. Etliche Schiffsfonds fordern mittlerweile sogar bereits geleistete Ausschüttungen von ihren Kunden zurück.

Wenn es um Geldanlage geht, fehlt den Deutschen Maß und Mitte – und häufig auch das nötige Interesse. Sie lesen fünf Testhefte, um einen Toaster zu kaufen. Wenn es dagegen um eine zusätzliche Altersvorsorge im Wert von mehreren Zehntausend Euro geht, verlassen sie sich lieber auf den Staat oder die Finanzindustrie. Auch wenn sie ahnen, dass sie dabei bevormundet oder abgezockt werden.



Abiturientin Kümmel mit Moderator Stefan Raab in der TV-Sendung „TV Total“ 2015: Nerv getroffen



Handelsraum der Frankfurter Börse: Die meisten Deutschen fürchten, beim nächsten Crash ihre Gewinne wieder einzubüßen

Die Kölner Abiturientin Naina Kümmel immerhin hat sich seit ihrer Twitter-Nachricht selbst darum bemüht, ihr Finanzwissen zu verbessern. Seit einiger Zeit arbeitet sie nebenbei für ein Onlineprojekt des Düsseldorfer Handelsblatt-Verlags. Das Ziel lautet: Wirtschaftsnachrichten für Jugendliche verständlich zu machen.

Die Amtszeit von Walter Riester als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung dauerte nur vier Jahre, von 1998 bis 2002. Doch das reichte, um berühmt zu werden. Riester ist Erfinder und Namensgeber der Riester-Rente, der von Staat geförderten freiwilligen privaten Altersvorsorge. Weit mehr als zehn Millionen Riester-Sparer in Deutschland entrichten derzeit brav ihre Beiträge. Die Riester-Rente soll im Alter die Lücken stopfen, die sich bei der gesetzlichen Rente wegen mehrerer Kürzungen aufgetan haben.

Für Riester hat sich die Riester-Rente gelohnt, und sei es durch einen Eintrag im Geschichtsbuch der deutschen Sozialversicherung. Zeitweilig gehörte er zu den Topverdienern im Bundestag, weil ihn die Versicherungskonzerne gern zu hoch dotierten Vorträgen einluden. Und auch nach seinem Ausscheiden aus der Politik blieb Riester seinem Großprojekt verbunden,

etwa durch ein Aufsichtsratsmandat bei der Union Asset Management Holding AG, die fast zwei Millionen Riester-Fondssparpläne verkauft hat.

Für die Millionen Riester-Sparer sieht es leider nicht so gut aus. Bislang stärkt die Riester-Rente weniger die private Altersvorsorge als die Vorsorgekonzerne. Im Durchschnitt fließt jeder siebte Euro, den ein Sparer einzahlt, in Form von Provisionen und Gebühren in die Taschen der Unternehmen. Man muss als Riester-Anleger sehr, sehr alt werden, um hier Gewinn zu machen. Für Niedrigverdiener ist die Riester-Rente in vielen Fällen ein Verlustgeschäft, weil sie auf die Sozialhilfe angerechnet wird. 13 Jahre nach Einführung der staatlich geförderten Privatvorsorge spricht die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung von einer Fehlentscheidung.

In jedem Fall ist die Riester-Rente ein besonders augenfälliges Beispiel dafür, wie die Politik die Sparer in eine Geldfalle lockt, anstatt bei der Vermögensbildung zu helfen. Weil die rot-grüne Regierung davor zurückschreckte, die private Altersvorsorge für alle verbindlich vorzuschreiben, setzte sie die Provisionsjäger der Versicherungsunternehmen in Bewegung. Weil sie den Bürgern nicht zutraute, verantwortungsvoll mit einer größeren Geld-

summe umzugehen, verbot sie die Auszahlung der Riester-Rente auf einen Schlag. Weil sie für die Altersvorsorge möglichst kein Risiko eingehen wollte, legte sie teils so strenge Kriterien für die Anlage der Riester-Gelder fest, dass es nun auch keine nennenswerten Gewinnchancen mehr gibt.

Tatsächlich tappten viele Deutsche immer wieder in Anlegerfallen, die ihnen der Staat stellte. Nach der Wende flossen Milliarden in ostdeutsche Immobilien, die heute vor sich hin gammeln. Der Staat hatte den „Aufbau Ost“ mit absurd hohen Zuschüssen und Sonderabschreibungen in Gang gebracht. Oder das Beispiel betriebliche Altersvorsorge: Erst ermunterte der Staat die deutschen Arbeitnehmer, einen Teil ihres Lohns in eine Betriebsrente zu stecken. Dann beschloss die Regierung plötzlich ein Gesetz, wonach auf Betriebsrenten der volle Krankenkassenbeitrag bezahlt werden muss, eine zusätzliche Abgabe von oft vielen Tausend Euro. Für nicht wenige Arbeitnehmer verwandelte sich die vorgesehene Geldanlage in ein Vermögensvernichtungsprogramm.

Selbst Menschen, die glaubten, für das Alter vorgesorgt zu haben, werden nun auf staatliche Hilfe angewiesen sein. Mehr



Neubausiedlung in Düsseldorf: Auch in der älter werdenden Bundesrepublik erweisen sich Immobilien oft als sinnvolle Geldanlage

als ein Viertel der Haushalte in Deutschland besitzt nichts oder ist sogar verschuldet. Nur etwa 53 Prozent wohnen in der eigenen Immobilie, weniger als in Frankreich (65 Prozent), Italien (73 Prozent) oder Spanien (79 Prozent).

1965 sagte der damalige Bundeskanzler Ludwig Erhard: „Zu einer dynamischen Sozialpolitik gehört die weitere Förderung der Eigentums- und Vermögensbildung in breiten Schichten unseres Volkes, weil sie mehr als alles andere dazu geeignet ist, die Freiheit, Selbstständigkeit und Verantwortlichkeit des Einzelnen in der modernen Gesellschaft zu stützen.“ Gemessen an diesem Anspruch hat die deutsche Sozialpolitik versagt.

Der womöglich einzige Mensch, der auch heute noch glaubt, dass seine Erfindung diesem Anspruch gerecht wird, ist: Walter Riester selbst. Seine öffentlichen Auftritte sind seltener geworden. Aber wenn sich ihm die Gelegenheit bietet, sein Lebenswerk zu verteidigen, greift er gern zu. Ende Januar hatte ihn die Bayerische Beamten Versicherung (Werbeslogan: „Die Versicherung mit dem Reinheitsgebot“) zu einem Vortrag nach Heidelberg eingeladen. Riester, dunkelblauer Anzug, hellblaues Hemd, dunkelrote Krawatte, sah nicht nur aus wie immer, er redete auch

so. „Es gibt in Deutschland kein Sparen fürs Alter, das nur annähernd so gut auf die Lebenswirklichkeit der Menschen eingeht und die Breite der Bevölkerung einbezieht wie die Riester-Rente“, erklärte der Exminister. Seine Erfindung sei kurzum: „ein Erfolgsmodell“.

Im Herzen Berlins, gleich neben dem Brandenburger Tor, erhebt sich das Allianz Stiftungsforum, ein raumgreifender heller Quader mit großem Innenhof und schicker Dachterrasse. Offiziell beherbergt das Gebäude ein Kulturinstitut und Initiativen mit wohlklingenden Namen. Doch eigentlich, sagt Axel Kleinlein, „ist es die Berliner Botschaft des Allianz-Konzerns“.

Er muss es wissen, er ist vom Fach. Kleinlein hat Mathematik studiert und ein Jahr lang für das Unternehmen gearbeitet, bevor er die Seiten wechselte und zuletzt Chef des Bundes der Versicherten wurde. Heute ist der Mann mit dem sorgfältig gestutzten Kinnbart einer der hartnäckigsten Kritiker der Lebensversicherung. Statistisch gesehen hat durchschnittlich jeder Bundesbürger eine der Policen abgeschlossen, doch Kleinlein ist überzeugt: „95 Prozent davon rechnen sich nicht.“

Seit Jahren versucht der Verbraucherschützer nun schon, seine Botschaft von einem kleinen Büro im Hamburger Umland aus in die gesamte Republik zu transportieren. Aber er hat es mit einem mächtigen Gegner zu tun, dessen Einfluss quer durch die Gesellschaft reicht.

Die Branche beliefert Schulen mit Lehrmaterial („My Finance Coach“) oder schickt Mitarbeiter als Referenten in die Klassen. Sie finanziert Universitätslehrstühle und Denkfabriken. Ihr „gewaltiges Lobbyisten-Netzwerk“, so der Branchenkenner und Buchautor Holger Balodis, reicht seit Jahrzehnten in höchste politische Kreise.

Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder etwa ist eng mit Carsten Maschmeyer befreundet, dem Gründer des Finanzvertriebs AWD. Der 2014 verstorbene Gründer des Konkurrenzunternehmens DVAG, Reinfried Pohl, wiederum war Großspender der CDU und galt als Vertrauter von Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl.

Der frühere Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) macht gerade bei der Allianz eine zweite Karriere. Genau wie der ehemalige britische EU-Abgeordnete Peter Skinner, der im Straßburger Parlament zuvor praktischerweise für die Gesetzgebung der Branche mit zuständig war.

Auch die Ergo-Versicherung hat von Juli an einen neuen Vertriebschef mit besten Verbindungen: Harald Christ, der vor einigen Jahren zum Schattenkabinett von Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier gehörte.

Während Leute wie er die richtigen Handynummern im Adressbuch haben, sorgen die Mitarbeiter des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) dafür, dass die Argumente der Branche über Parlamente und Ministerien gestreut werden. Allein 68 der über 300 GDV-Angestellten sind für „politische Interessenvertretung“ zuständig.

Kein Wunder, dass der Wirtschaftszweig im Ruf steht, über die schlagkräftigste Lobby der Republik zu verfügen. Jahrzehntlang sicherte sich die Branche wichtige Steuerprivilegien. Sie setzte durch, dass die Regierung ihre Produkte zur Grundlage der privaten Altersvorsorge machte. Und sie erreichte, dass sie nach einer Reform der sogenannten Bewertungsreserven weniger Geld an ihre Kunden ausschütten muss. Bei der Durchsetzung dieses heftig umstrittenen Anliegens mag geholfen haben, dass das entsprechende Gesetz schlussendlich verabschiedet wurde, als in Brasilien die Fußball-WM lief – und sich die Deutschen für kaum etwas anderes als Fußball interessierten.

So verdiente die Branche lange Zeit gutes Geld an einem Produkt, das sich zunehmend als schlechtes Geschäft für die Kunden erweist. Wer heute eine Lebensversicherung ausbezahlt bekommt, erhält bis zu 50 Prozent weniger Geld als vor 10, 20 oder 25 Jahren kalkuliert, das fand „Finanztest“ heraus. Schlimmer noch: Weil die Mehrzahl der Kunden ihren Vertrag vorzeitig kündigt, erleiden viele von ihnen unter dem Strich Verlust.

Verbraucherschützer Kleinlein ist überzeugt: Am Ende können sich die Kunden nur auf die gesetzlich garantierte Mindestverzinsung verlassen – und die liegt mittlerweile bei mageren 1,25 Prozent.

Wer Mario Coric begegnet, fühlt sich ein wenig an den Schauspieler Bastian Pastewka erinnert: unauffällig, freundliches Gesicht, guter Redner.

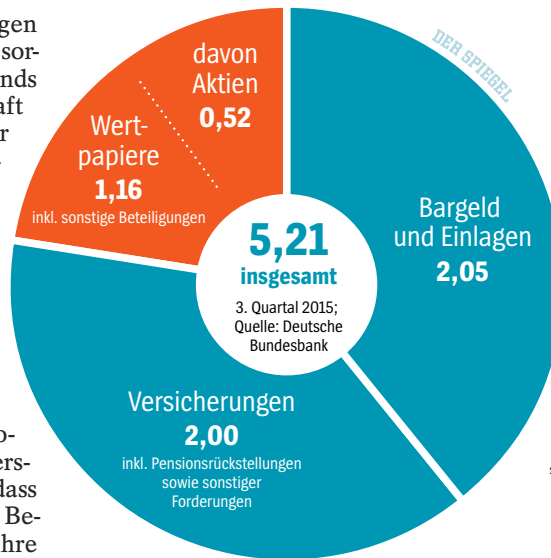
Mit diesen Talenten hätte er es bei der Postbank wahrscheinlich weit bringen können. Hätten ihn nicht die Skrupel gepackt.

Vor vier Jahren war der gelernte Kfz-Mechaniker von dem Institut angeworben worden und hatte rasch jene Branchenregel kennengelernt, die Deutschlands Sparer so viel Geld kostet: Erst kommen die Bank und der Berater, dann kommt der Kunde.

Schon die Ausbildung sei eine Farce gewesen, sagt Coric. Zwei Wochen Crash-

Geldvermögen der Deutschen

Privathaushalte,
in Billionen Euro



kurs, gemeinsam mit einem arbeitslosen Fitnesstrainer, einem Schlosser, einem Optiker. Leute, „von denen einige die EC nicht von der Kreditkarte unterscheiden konnten“.

Trotzdem rasselte laut Coric kein Einziger bei der Prüfung durch. Nicht weil alle so fleißig gelernt hatten. Sondern weil der Prüfer den Raum verlassen habe, nachdem er den Multiple-Choice-Test ver-

teilt hatte. Coric: „Da schrieb jeder von jedem ab.“

Danach waren sie alle „Finanzmanager“. Der Begriff war nicht geschützt, gesetzliche Qualifikationsvorgaben gab es nicht. Und auch keine Kontrolle durch eine Behörde. So konnte die Truppe fleißig Provisionen einstreichen, wie es üblich ist in der Branche: Nicht der Kunde zahlt für die Beratung, sondern der Berater kassiert pauschal bei den Produkten ab. Eine Lebensversicherung samt Baufinanzierung brachte schnell 1500 oder 2000 Euro ein, sagt Coric. Mit komplizierteren Anlagen und etwas Hilfe vom Vertriebsleiter habe man es auch leicht auf 15 000 Euro oder mehr bringen können.

Von Beratung könne man deshalb in Deutschland eigentlich gar nicht sprechen, sagt Niels Nauhauser von der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg: „Das ist provisionsgetriebener Verkauf.“ Hunderttausende Bankberater, Anlagevermittler und Finanzmakler sorgen dafür, dass nicht die besten, sondern die lukrativsten Produkte zum Kassenschlager werden. Lukrativ für den Verkäufer, versteht sich.

Coric und seine Kollegen arbeiteten deshalb im Akkord. „Es gab genaue Vorgaben, wie viele Telefonate zu führen, wie viele Termine zu machen sind“, erzählt Coric. „Umsatzlisten, für jeden zugänglich, wurden täglich aktualisiert und zeigten die Leistung an.“

In sogenannten Strukturvertrieben wie der DVAG wurde das Provisionsprinzip auf die Spitze getrieben, hier kassierten die Vorgesetzten sogar bei unteren Chargen mit. Oder vertickten ihre Produkte besonders gern im Freundes- und Bekanntenkreis – um im nächsten Schritt dort auch gleich neue Mitarbeiter zu werben. Die wurden dann ihre Untergebenen.

Corics Postbank-Kollegen nahmen besonders gern Senioren ins Visier, sagt er. Sie hätten sie A- und D-Kunden genannt: alt und doof. War der Kunde bereits mit Policen eingedeckt, schlugen die Berater Coric zufolge vor, alte Verträge durch neue zu ersetzen. Dem Versicherten brachte das zwar meist Verlust, dem Vermittler aber eine neue Provision. Beim dritten Kaffee hätten die Berater die Kunden dann meist so weit eingelullt gehabt, dass die klein beigaben. „Dann hat man noch schnell einen Stapel Papier hingeschoben und gesagt: Wenn Sie dann noch hier, hier und hier unterschreiben wollen – und fertig war der Deal. Mithras Unterschrift, dass der Kunde alle Risiken bewusst und auf eigene Gefahr einget.“

Die Postbank gibt sich heute geläutert. „Wir haben in den vergangenen Jahren in die Aus- und Weiterbildung unserer Bera-

Der Vorsorgesparer

Torsten Schubert war in jungen Jahren ein Mann schneller Entscheidungen. Der Entschluss, eine fondsgebundene Rentenversicherung bei der Skandia abzuschließen, fiel auf dem Tennisplatz. 400 Euro sollte er danach monatlich einzahlen, zwölf Jahre lang. 2010 wurde er skeptisch, weil er bereits mehr eingezahlt hatte, als auf den Bescheiden stand. Verunsichert rief er bei der Skandia an – die ihn zu beruhigen versuchte. Zum Ende der Laufzeit würden die Erträge besser, habe man ihm gesagt. Von wegen: 2016 wurden Schubert nur rund 56 000 Euro ausbezahlt, weil die Gebühren für seinen Fonds sehr hoch, die Renditen dagegen eher niedrig waren. Pro Beitragsmonat, so hat Schubert inzwischen errechnet, hat er so einen Verlust von neun Euro gemacht. Dass Schubert damit unzufrieden war, sei „nachvollziehbar“, teilt die Skandia mit. Doch sähen fondsgebundene Produkte im Vergleich zu klassischen Rentenversicherungen nun einmal „keine Garantieleistungen vor“.



DIW-Chef Fratzscher, Ex-Arbeitsminister Riester: „In kaum einem Staat gehen die Bürger so schlecht mit ihrem Vermögen um“

terinnen und Berater investiert“, erklärt das Institut. Die Standards seien den „gestiegenen gesetzlichen Anforderungen laufend angepasst“ worden. „Dass vor allem älteren Kunden für sie ungeeignete Produkte verkauft wurden, deckt sich nicht mit der Geschäftspolitik der Postbank“, heißt es außerdem. Deshalb werde vor allem bei Senioren „die Einhaltung der Qualitätsparameter laufend kontrolliert“.

Die Beratung und Vermittlung von geschlossenen Fonds werde zudem „seit 2012 von Vertragspartnern der Postbank Finanzberatung AG nicht mehr durchgeführt“. Finanzmanager hätten diese Produkte aber ohnehin nie verkaufen dürfen. Der Postbank lägen zudem keine konkreten Belege für Corics Vorwürfe vor.

Auch die Politik bemüht sich, die Versicherungstruppen zu zivilisieren. Praktisch jeder Verkäufer muss inzwischen eine Qualifikation aufweisen, die Finanzaufsicht kontrolliert die Bankberater.

Den freien Vermittlern in Deutschland kann die Behörde allerdings nicht auf die Finger schauen. Sie werden von den Gewerbeämtern kontrolliert, die von Finanzprodukten ähnlich viel Ahnung haben dürften wie von Astrophysik.

Das zentrale Problem ist somit weiter ungelöst. So bleiben die Empfehlungen der Berater und Vermittler bis heute „niederschmetternd“ schlecht, wie Werner Bareis von der staatlich geförderten Initiative „Finanzmarktwächter“ nach einer Untersuchung resümierte. 95 Prozent der vorgeschlagenen Produkte waren zu teuer, entsprachen nicht den Kundenwünschen oder warfen weniger Ertrag ab als mögliche Alternativen.

Exberater Coric wundert das wenig. Auch weil viele Kunden zu viel mit sich machen lassen. „Das hat mich bei der Postbank am meisten erschüttert“, sagt er. „Da hat nie jemand gefragt, was habt ihr eigentlich für eine Ausbildung? Die haben uns einfach blind vertraut.“

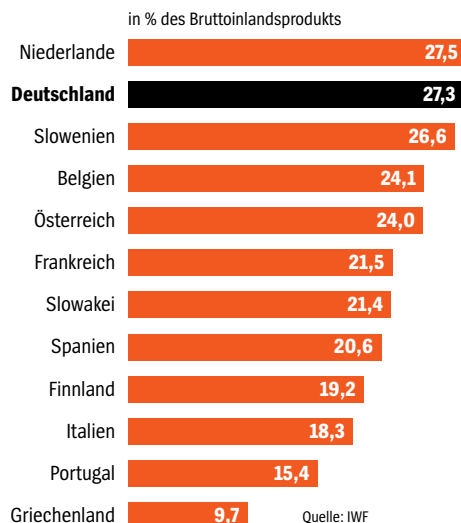
Wer in Deutschland eine klassenlose Gesellschaft besichtigen will, muss durchs südpfälzische Dörfchen Steinfeld fahren. In dem beschaulichen 2000-Seelen-Ort schaffen viele Arbeiter im nahe gelegenen Lkw-Werk von Daimler, aber ihre Häuschen sehen nicht viel anders aus als die ihrer Nachbarn aus der Oberschicht. Von den Dächern blitzen

frisch montierte Solarplatten, die Hecken vor den renovierten Eigenheimen sind sorgfältig gestutzt, unter den Carports stehen schwarze Limousinen und Geländewagen.

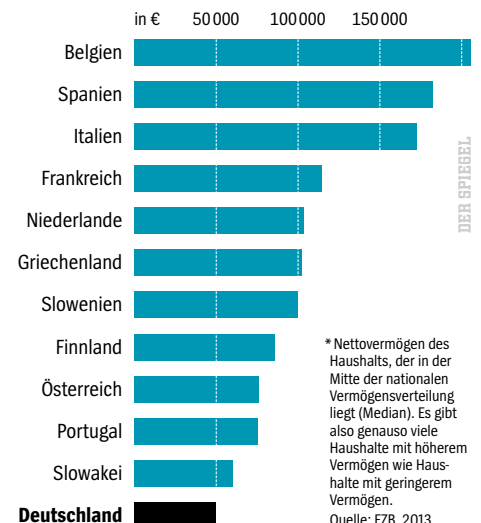
In der gediegenen Wohlstandswelt unweit der französischen Grenze ist auch Kurt Beck zu Hause, der im vorigen Jahrzehnt eine Zeit lang der mächtigste Mann der deutschen Sozialdemokratie war. Der frühere SPD-Chef sitzt unter der holzvertäfelten Dachschräge seines Vaterhauses und blättert in einem neun Jahre alten Eckpunktepapier, dessen Zweck im Kern darin bestand, Steinfelds vermögende Arbeitnehmerschaft zum Vorbild für die ganze Republik zu machen.

Sinnloses Sparen

Sparquote



Mittleres Haushalts-Nettovermögen*





Früherer SPD-Chef Beck, Verbraucherschützer Kleinlein: „Nichts ist schlimmer als die Herrschaft der Verbandsbeamten“

Mithilfe eines „Deutschlandsfonds“ sollten Arbeitnehmer in großem Stil zu Anteilseignern ihrer Betriebe werden. Damit wollte Beck jener fatalen Entwicklung entgegenwirken, die er als „große Schere“ beschreibt: Während die Löhne jahrelang stagnierten, explodierten die Gewinne – und damit die Maßzahlen für die Ungleichheit im Land.

Einigen wenigen Zehntausend Familien gehört inzwischen ein großer Teil des Betriebsvermögens im Land. Während die Zahl der Belegschaftsaktionäre auf einen neuerlichen Tiefststand gesunken ist. Und wer Europas Großunternehmen danach auflistet, wie viel von ihrem Kapital den eigenen Beschäftigten gehört, findet britische, französische oder spanische Unternehmen auf den vorderen Plätzen. Der erste deutsche Konzern, der mithalten kann, ist das Dax-Schwergewicht Siemens, auf Rang 14.

Der Befund ist so eindeutig wie verstörend. Kaum irgendwo sonst in Europa ist die Kluft zwischen Kapital und Arbeit so tief wie im Heimatland des angeblich so sozialen Rheinischen Kapitalismus.

Entsprechend groß war der Zuspruch, als Beck im Juni 2007 sein Konzept „für mehr Mitarbeiterbeteiligung“ vorlegte. Bis zu tausend Euro sollten Beschäftigte pro Jahr steuerfrei in einen Investmentfonds einzahlen dürfen, der sich im Gegenzug bei ihren Arbeitgebern einkaufte. Von einer „richtigen Grundidee“ sprachen Ökonomen. „Etwas Besseres ist noch niemandem eingefallen“, lobte der Deutsche Gewerkschaftsbund.

Doch als Beck begann, seinen Plan in die Praxis umzusetzen, verwandelte sich die

anfängliche Zustimmung schnell in kollektive Bedenkenträgerei. Unternehmer klagten, sie wollten sich nicht von betriebsfernen Fondsmanagern fremdbestimmen lassen. Die Beamten des Arbeitsministeriums fürchteten Konkurrenz für ihre kurz zuvor eingeführte Riester-Rente, ihre Kollegen aus dem Finanzressort warnten vor Steuerausfällen. Und manche Gewerkschafter sorgten sich, dass Arbeitnehmer, die am Gewinn beteiligt sind, nicht mehr so engagiert um Lohnprozente kämpfen. „Was soll das“, bekam Beck von einem Funktionär der IG Metall zu hören, „willst du unsere Arbeiter zu Kapitalisten machen?“

Der Freiberufler

Peter Ludwig*, Freiberufler in der Möbelbranche, wollte sich privat fürs Alter absichern. Im November 1993 unterschrieb er bei der Nürnberger eine private Rentenversicherung und zahlte 22 Jahre lang brav seine Beiträge. 80 000 Euro hatte er bereits berappt, als er sich erkundigte, mit wie viel Geld er im Alter rechnen könne, wenn er jetzt seine Zahlungen einstellen würde. Die Antwort kam prompt: Bei Vertragsende könne er mit 60 615 Euro rechnen, erklärte die Versicherung, rund 20 000 Euro weniger als eingezahlt. Ludwig war geschockt – und kündigte sofort, obwohl er nur die Hälfte seiner Beiträge zurückbekam. „Wenn ich dieses Geld in konservative Aktien investiere, bekomme ich am Ende wesentlich mehr zurück“, ist der 57-Jährige überzeugt.

* Name geändert

Um die Bedenken zu zerstreuen, reichten Becks Experten den Plan mit Auflagen und Vorgaben an – und machten so alles nur schlimmer. Am Ende war das Konzept so kompliziert geworden, dass es sich für kaum jemanden lohnte. Der Deutschlandfonds, heißt es in einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, habe deshalb „keinen Zuspruch in der Praxis“ gefunden.

So erlebte Beck, was alle erleben, die mit Ludwig Erhards Idee der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ Ernst machen wollen. Auf offener Bühne werden sie bejubelt. Doch wenn sie ihre Pläne in einen Gesetzestext gießen wollen, scheitern sie am Argwohn der Bürokraten, an den Einwänden der Interessengruppen und am Desinteresse von Arbeitgebern und Gewerkschaften. Nichts habe die Schieflage in der Vermögensverteilung der Republik mehr gefördert, sagt der frühere SPD-Chef, als „die Herrschaft der Verbandsbeamten“.

Beck steht vor seiner Haustür und lässt den Blick über sein geliebtes Steinfeld schweifen. Der frühere SPD-Chef ist stolz darauf, dass es in dem Ort, in dem er lange Bürgermeister war, nicht nur mehr Wohlstand, sondern auch mehr Gemeinsinn gibt als in anderen Regionen der Republik: zahlreiche Musikvereine, viele Sportklubs, eine große Zahl an Elterninitiativen. „Die Sozialstruktur ist stabiler“, sagt er, und das liege auch daran, dass die Menschen mehr auf der hohen Kante hätten.

Natürlich hatte sein Deutschlandfonds-Modell Schwächen, räumt er ein, aber die Idee war richtig. „Ich finde“, sagt er zum



UWE ZUCCHI / DPA

VW-Beschäftigte in Baunatal*: „Kaum irgendwo ist die Kluft zwischen Arbeit und Kapital so groß wie im Heimatland des Rheinischen Kapitalismus“

Abschied, „die SPD sollte da einen neuen Anlauf machen.“

Es ist schon ein paar Jahre her, dass ein junger Volkswirt der Europäischen Zentralbank über zwei merkwürdige Zahlenreihen brütete. Die eine zeigt, wie viel Geld die Bundesbürger jedes Jahr netto über die Grenzen transferieren. Die andere gibt das Wachstum des deutschen Auslandsvermögens an.

Der Forscher steht vor einem Rätsel. Nach den Regeln der Logik müsste sich ein Plus in der ersten Datenreihe nahezu eins zu eins in einem Anstieg der zweiten niederschlagen. Doch das ist nicht der Fall. Jahr für Jahr legt das Auslandsvermögen langsamer zu, als es die grenzüberschreitenden Überweisungen der Bundesbürger nahelegen. 2003 beträgt die Differenz 14 Milliarden Euro, 2004 sind es fast 16 Milliarden Euro.

Kann das stimmen, fragt sich der Ökonom? Wieder und wieder prüft er seine Rechnungen, greift auf andere Statistiken zurück, bespricht sich mit Kollegen. Doch der Befund ist eindeutig. Von dem vielen Geld, das in den vergangenen Jahren ins Ausland floss, ist ein großer Teil verschwunden.

Es ist eine Bilanz des Grauens, vor allem für die deutsche Finanzindustrie, die das Geld der deutschen Sparer zum großen Teil verwaltete. So verloren die Banken zweistellige Milliardenbeträge, als die amerikanische Immobilienblase platzte. Und während der Eurokrise musste die Bundesbank mit sogenannten Targetkrediten einspringen, die sich nicht verzinsen. Insgesamt, so ergeben die Kalkulationen des Finanzexperten, haben die Deutschen in den

vergangenen zwei Jahrzehnten etwa 500 Milliarden Euro im Ausland verloren.

Der Frankfurter Notenbanker, der dem rätselhaften Schwund der deutschen Auslandsgelder nachspürte, heißt Marcel Fratzscher. Er leitet heute das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, doch das Thema hat ihn seitdem nicht mehr losgelassen. In seinem jüngsten Buch, das in wenigen Wochen erscheint, zeigt der Ökonom, welch großen Anteil die Sparkatastrophe an der wachsenden Ungleichheit im Land hat und wie sehr sie Wachstum und Wohlstand beeinträchtigt. „Die Bundesbürger erzielen mit ihren Geldanlagen häufig nur eine geringe Rendite, und viele machen sogar Verlust“, lautet sein Fazit. Es gebe „kaum einen Staat, in dem die Bürger so schlecht mit ihrem Vermögen umgehen wie in Deutschland“.

Wer durch Fratzschers Brille auf die hiesige Finanzlandschaft schaut, blickt in eine Wüste. Selbst aus deutschen Aktien, die in den vergangenen Jahren so hohe Wertsteigerungen verzeichneten wie selten zuvor, haben die Deutschen sich weiter zurückgezogen. Eine Untersuchung der Unternehmensberatung Ernst & Young zeigt: Der Anteil ausländischer Aktionäre an den größten Dax-Konzernen ist von 45 Prozent im Jahr 2005 auf zuletzt 59 Prozent gestiegen.

Der Betriebsrentner

Er sei „erst aufgewacht, als die Summe ausgezahlt wurde“, sagt **Wolf-Jürgen Schwerdtner**. 1990 führte der Chirurg eine Betriebsrente seines früheren Arbeitgebers freiwillig weiter. Was er damals noch nicht wissen konnte: Im Jahr 2003 verabschiedete die Bundesregierung das Gesundheitsmodernisierungsgesetz. Es besagt, dass Betriebsrentner auf ihre Auszahlung die kompletten Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge zu leisten haben. Schwerdtner aber erfuhr das erst 2008, als seine Betriebsrente fällig wurde. Rund 9200 von insgesamt 54500 Euro muss er an seine Krankenkasse bezahlen.

* Bei einer Betriebsversammlung.

Es ist ein Witz: Die Deutschen arbeiten wie verrückt, sie sind die größte Wirtschaftsnation Europas und verkaufen ihre Autos und Maschinen in alle Welt. Doch von den Gewinnen, die ihre Konzerne dabei erzielen, profitieren vor allem Anteilseigner aus Großbritannien, Frankreich oder den USA.

Die Unfähigkeit der Deutschen, sich finanzielle Polster für die Zukunft zu schaffen, ist nicht nur ein Problem für den privaten Geldanleger. Sie verspricht eine der wichtigsten sozialen Fragen der nächsten Jahre zu werden. Wenn in einem der reichsten Länder der Erde große Teile der Mittel- und der Unterschicht über so gut wie kein Vermögen verfügen – wie lässt sich dann die Gesellschaft zusammenhalten? Und wie kann verhindert werden, dass Millionen Bundesbürger in die Altersarmut stürzen?

Doch die Deutschen glauben offenbar, dass die beste Antwort auf ihr Anlageproblem darin besteht, die Dosis zu erhöhen: noch mehr sparen, noch mehr Geld ins Ausland schaffen. Dabei wäre es höchste Zeit zu fragen, was es ihnen eigentlich gebracht hat, dass sie seit Jahren mehr Waren ins Ausland verkaufen, als sie von dort beziehen?

Der Überschuss der deutschen Leistungsbilanz beläuft sich mittlerweile auf gigantische 250 Milliarden Euro im Jahr. Die Deutschen feiern den Exporterfolg noch immer als Ausdruck wirtschaftlicher Stärke, doch er verdeckt gleichzeitig eine Schwäche: Er weist aus, dass in der Bundesrepublik zu wenig Geld angelegt und zu wenig investiert wird – und die deutsche Wirtschaft so in gefährliche Abhängigkeit vom Ausland gerät. „Die Überschüsse sind pathologisch“, sagt DIW-Chef Fratzscher. „Sie sind nicht nur schädlich für Deutschland, sondern sie tragen dazu bei, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Welt zu erhöhen.“

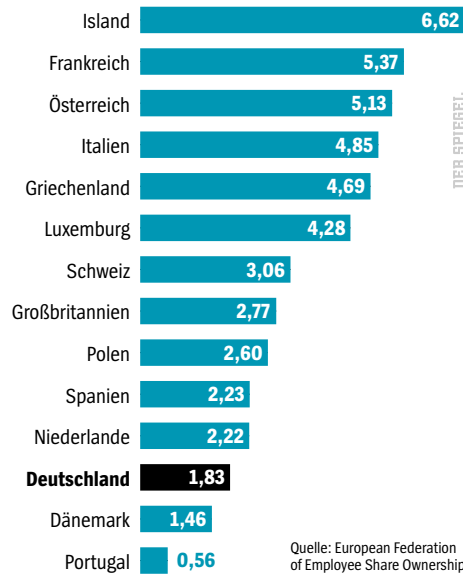
Was aber kann getan werden, damit die Bundesbürger ihr Geld in Zukunft besser anlegen?

Im Prinzip gibt es zwei Denkschulen. Die eine will dem Staat eine größere Rolle geben. Zu ihr gehört etwa Thomas Mayer, Chefvolkswirt der Kölner Vermögensverwaltung Flossbach von Storch. Er würde am liebsten einen nationalen Anlagefonds nach dem Vorbild Schwedens oder Norwegens schaffen, der in lukrative Projekte im Ausland investiert. Auch der hessische Vorschlag für eine „Deutschland-Rente“ fällt in diese Kategorie. Danach sollen die Betriebe künftig einen Teil der Löhne an die gesetzlichen Alterskassen abführen, die das Geld direkt am Kapitalmarkt anlegen sollen: ohne große Verwaltungskosten, ohne Provisionen für Vertreter oder Berater.

Der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger plädiert dafür, dass der Staat einen Teil seiner Haushaltsüberschüsse, die er nicht zuletzt wegen der Niedrigzinsen erzielt, dafür

Krümel vom Kuchen

Firmenkapital, das von den Beschäftigten gehalten wird, in Prozent



nutzt, um die Altersvorsorge besser zu fördern. „Warum legt man nicht einen Schäuble-Bond auf, eine Staatsanleihe mit ein bis zwei Prozentpunkten Zinsaufschlag, aber nur für Sparer, die in diese Anleihe für die private Altersvorsorge investieren?“, fragt er (siehe Seite 82).

Die Vertreter der zweiten Schule dagegen wollen die Eigenverantwortung der Anleger stärken. Sie fordern eine bessere Förderung von Betriebspensionen und eine Generalüberholung der privaten Altersvorsorge. „Die Riester-Rente ist hochgradig ineffizient; eine Großteil der Beiträge geht für Verwaltung und Provisionen drauf“, sagt DIW-Chef Fratzscher. Er schlägt eine Reform nach dem Vorbild der USA vor: „Dort erhält jeder Arbeitnehmer attraktive staatliche Anreize, aber er kann weitgehend selbst bestimmen, wie er die Vorsorge gestaltet.“

Dabei ist klar, dass die Geldanleger langfristig nur dann profitieren, wenn hierzulande nicht nur besser gespart, sondern auch mehr investiert wird. Der Staat sollte zusätzliches Geld für Straßen, Kraftwerke oder Datennetze ausgeben und auch den Unternehmen mehr „Anreize setzen, in Deutschland zu investieren“, so Fratzscher.

Noch wichtiger aber ist, dass die Deutschen ihre Einstellung zur Geldanlage ändern. Heute wäre es vielen von ihnen am liebsten, wenn sich andere um ihre Finanzen kümmern und Beamte darauf achteten, dass ihr Geld gut angelegt wird: eine möglichst hohe Rendite bei minimalem Risiko.



Video: Wie spare ich richtig?

spiegel.de/sp082016sparen
oder in der App DER SPIEGEL

Doch die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass es so nicht funktioniert. Was Banken, Sparkassen oder Versicherungen empfahlen, erwies sich oft als wenig lukrativ. Und in der Finanzkrise konnte der Staat die schlingernden Kreditinstitute nur retten, indem er sie in großem Stil mit Steuergeldern stützte. So waren es am Ende die Bürger selbst, die für die Verluste aufkommen mussten.

Um so etwas in Zukunft zu verhindern, müssen die Banken stärker reguliert, muss der Anlegerschutz verbessert werden. Aber das reicht nicht aus. Damit sich die Deutschen aus ihrer selbst verschuldeten Unmündigkeit befreien, müssen sie den Mut finden, sich stärker selbst um ihre Finanzen zu kümmern. Und dabei auch Formen der Geldanlage zu berücksichtigen, die sie bislang eher meiden.

So legen sich viel weniger Deutsche Immobilieneigentum zu als ihre Nachbarn in den meisten europäischen Ländern. Dabei haben sich Häuser oder Eigentumswohnungen auch in der älter werdenden Bundesrepublik als sinnvolle Geldanlage erwiesen.

In jüngster Zeit sind die Immobilienpreise in den meisten deutschen Ballungsregionen schneller gestiegen als im übrigen Europa; und wer auf dem Land zu Hause ist, wo viele Objekte seit Jahren leer stehen, kann immerhin damit rechnen, dass er im Alter die Miete spart.

Mit Aktien hätten die Deutschen in den vergangenen Jahren ebenfalls gute Renditen erzielen können. Seit 2009 hat der Deutsche Aktienindex um 82 Prozent zugelegt. Die meisten Deutschen aber schrecken vor dem Kauf von Unternehmensanteilen zurück, weil sie fürchten, beim nächsten Börsencrash ihre Gewinne wieder einzubüßen.

Doch das ist ein Irrtum, wie die Erfahrung lehrt. Wer seine Aktien lange genug hält und die Risiken vernünftig streut, kann mit einiger Sicherheit eine Rendite erwarten, die deutlich über den Sparzinsen liegt. Chancen nutzen, Risiken verteilen: Das war schon immer ein gutes Prinzip, um sein Vermögen zu mehren.

Viele Deutsche aber finden es lästig, sich mit Geldanlage zu beschäftigen, DIW-Chef Fratzscher weiß das aus eigener Erfahrung. Der Ökonom hält sich zwar zugute, dass er schon vor Jahren eine Reihe von Auslandsaktien gekauft hat. Aber ansonsten, so räumt er ein, legt er sein Geld kaum anders an als der typische Deutsche Schlechtsparer. Er besitzt keine Immobilien, aber dafür mehrere Lebensversicherungen, bei denen es ihm am liebsten ist, wenn er möglichst wenig davon hört.

Die Einstellung der Deutschen sei zwar ganz „sympathisch“, sagt er, „aber nicht besonders klug.“

Alexej Hock, Alexander Neubacher,
Michael Sauga, Anne Seith